

Kein Frieden mit dem Schulfrieden

Bundesvorstandsmitglied Andreas Keller referierte über Absichten und Ziele der GEW auf dem Bundesgewerkschaftstag in Düsseldorf im Juni kommenden Jahres

Unser Gast auf dem Gewerkschaftstag (vormals LVV), Andreas Keller vom Bundesvorstand, zuständig für Hochschulpolitik und in dieser Rolle äußerst erfolgreich, was sich am Mitgliederzuwachs zeigt, äußerte Verwunderung über die Hamburger Verhältnisse in Sachen Schulpolitik. Angesichts des Desasters im Bildungswesen insgesamt und der Situation Hamburgs im Besonderen sei das Postulat eines Schulfriedens reine Augenwischerei. Was sich in der Spitze an den Hochschulen zeige, dass nämlich lediglich 17% der Studierenden aus Arbeiterhaushalten stamme, sei

ein bildungspolitischer Skandal, der seine Ursachen im Wesentlichen im gegliederten Schulwesen habe. Ergänzt durch das längst noch nicht eingelöste Versprechen, flächendeckend eine gezielte Sprachförderung von Anbeginn, d.h. in den Kitas, einzuführen und dies in den Schulen fortzuführen, sei es nicht absehbar, dass der Trend zu einer immer tieferen Spaltung in unserer Gesellschaft aufzuhalten sei. Wie könne man also einen Schulfrieden verlangen, wenn klar sei, dass Deutschland zu den Ländern in der Welt zähle, in der die soziale Ungleichheit durch das Bildungssystem zu-

nehme.

Eine der Ursachen liege darin, dass es durch die Förderalismusreform dem Bund unmöglich geworden ist, den Ländern Finanzhilfen zu gewähren. Ergebnis: Jeder Bereich sei unterfinanziert. Alle schönen Absichtserklärungen seien nichts wert, solange hier keine Änderung erfolge, so Keller resümierend. Hier müsse der Hebel angesetzt werden, was sich in der Schwerpunktsetzung des Bundesgewerkschaftstages im Juni 2013 in Düsseldorf widerspiegele:* „Gute Bildung – gute Arbeit“, so das Motto. Zwei Seiten einer Medaille, die nur zum Glänzen zu bringen sei,



Andreas Keller: „Die Grenzen in Europa verlaufen nicht zwischen den Nationen, sondern zwischen oben und unten.“

Maulkorb?

Bernhard Nette warf dem Vorsitzenden einmal mehr Untätigkeit in Sachen Ro19 vor. Er habe es versäumt, die Mitgliedschaft auf dem Laufenden zu halten, was die Verkaufsverhandlungen angehe. Darüber hinaus sei der hlz-Redaktion im Geschäftsführenden Ausschuss (GA) ein Maulkorb in Sachen Ro19 verpasst worden, so die Behauptung.

Klaus Bullan verwies auf seine Stellungnahme auf dem Gewerkschaftstag im Frühjahr, die in der hlz 5/12, S.69 abgedruckt war. Es habe, so der Vorsitzende, seitdem keine grundsätzlich anderen Fakten gegeben, über die zu berichten gewesen wäre.

Anschließend nahm der Verfasser dieser Zeilen Stellung zu den Anwürfen, indem er auf die Schwierigkeit hinwies, dass jede Veröffentlichung zu diesem Thema während der Verkaufsverhandlung – auch und gerade aus der Sicht derjenigen, die unmittelbar mit den Verhandlungen betraut waren – die Gefahr des Scheiterns mit sich gebracht hätte. Die hieraus ableitbare Gesamtverantwortung der Organisation gegenüber gebot für den Zeitraum der Verhandlungen Stillschweigen. Diese Entscheidung wurde von allen Redaktionsmitgliedern getragen. Da bis zum Redaktionsschluss die Eigentumsübertragung noch nicht abgeschlossen war, fühlen wir uns an die Entscheidung gebunden. JG

wenn dies grundsätzlich strukturell angegangen werde, d.h. Aufhebung der Restriktionen, die durch die Föderalismusreform zustande gekommen seien. Die zum Gewerkschaftstag eingela-



Auf der Galerie: Stimmenauszählung zur Bundesdelegiertenwahl

denen Spitzenpolitiker, die für die Misere verantwortlich seien, taugten dazu, unseren Anliegen Publizität zu verleihen, so Kellers Rechtfertigung. Letztlich sei der Erfolg der Durchsetzung unserer Forderungen von unserer Bereitschaft zum Widerstand abhängig. Er hoffe, so Keller in seiner Verantwortung als Mitglied im Bundesvorstand, dass der Gewerkschaftstag hierfür den notwendigen Rückenwind schaffe.

Neben (genuinen) Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen könne man aber die Rahmenbedingungen, in denen unsere Auseinandersetzungen stattfänden, nicht außer Acht lassen. Die europäische Wirtschaftskrise habe in vielen Ländern verheerende Auswirkungen auf die Beschäftigung. Insofern sei es unsere moralische Pflicht, uns mit den Betroffenen solidarisch zu zeigen. Der Gewerkschaftstag solle deswegen unter dem übergreifenden Motto: „Soziale Gerechtigkeit im Zeichen der Krise“ deutlich machen, dass wir als Gewerkschafter nicht bereit sind, die Kosten der Krise zu tragen. Keller mahnte einmal mehr, dass die Grenzen

in Europa nicht zwischen den Nationen, sondern zwischen unten und oben verliefen. Als Gradmesser für politisches Handeln hieße dies immer Solidarität mit den Schwachen. Und dies gelte selbstverständlich auch für das eigene Land. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das steuerpolitische Konzept der GEW, das es nicht bei einer abstrakten Forderung nach Umverteilung von oben nach unten belasse, sondern aufzeige, wer in welchem Maße zu einer gerechteren Verteilung beizutragen habe.

Der Leitantrages des Geschäftsführenden Ausschusses „Baustelle Hamburger Bildungswesen“ (s. Kasten) stellt ebenfalls die Finanzierbarkeit in den Fokus der Betrachtung. Es mag sein, so unser Vorsitzender Klaus Bullan in seiner Begründung des Antrages, dass das Geld zur Finanzierung in Bezug auf Bildung nicht alles sei, aber ohne eine ausreichende Finanzierung sei alles nichts. Die Schuldenbremse hätte bereits jetzt markante Spuren hinterlassen. Obwohl die Anforderungen in allen Bereichen der Bildung massiv gestiegen seien, man beachte allein die

Mehrbelastungen durch die Einführung der Inklusion und der ganztägigen Betreuung an Schulen (GBS), ohne dass die Politik hinreichend dafür gesorgt hätte, dass dies mit einer adäquaten Personalausstattung einhergehe. Überfüllte Klassen an Gymnasien, die Konzentration der SchülerInnen mit auffälligem sozialen Verhalten vornehmlich an Stadtteilschulen und desaströse Verhältnisse an den Hochschulen in Hinblick auf überfüllte Seminare mit unterbezahltem, ja letztlich mit überwiegend prekär beschäftigtem Personal.

Sigrid Strauss ergänzte diese negative Bilanz, indem sie die jüngsten arbeitsentlastenden Maßnahmen, die die Bildungsbehörde auf Druck der GEW den LehrerInnen zugebilligt hatte, einen Tropfen auf den heißen Stein nannte. Die große Mehrheit der KollegInnen sei leer ausgegangen und dass, obwohl alle Gespräche mit ihnen immer wieder zeigen würden, dass die Arbeitsbelastung das größte Problem sei. Das, was nun zugesagt worden sei, könne also nicht alles gewesen sein. „Wir müssen weitermachen. Weniger Unterrichtsstunden für alle, Zeit für Koordination für alle“, so Sigrids Credo. Man erwarte, dass hier nachgelegt werde. Solange dies nicht geschehe, werde man keine Ruhe geben, so die stellvertretende Vorsitzende.

Stefan Romey mahnte in der Diskussion zum Leitantrag (s. Kasten) das Fehlen konkreter Handlungsschritte an, wie z.B. Vorschläge für Aktionen, die unseren Forderungen Nachdruck verleihen könnten. Sein Vorschlag, dies als Fragen in die Fachgruppen zu geben, wurde aufgenommen. Ergänzt wurde der Antrag durch die direkte Aufforderung an den Senat, die geplanten Schließungen in der ‚Offenen Jugendarbeit‘ zurückzunehmen. (s. hierzu ‚Bündnis gegen Rotstift‘ auf Seite 12)

Beschluss des Hamburger Gewerkschaftstages am 5.11.2012

Baustelle Hamburger Bildungswesen

Das Bildungswesen in Hamburg ist durch eine **deutliche Unterfinanzierung** gekennzeichnet. Verstärkt wird das durch die Schuldenbremse, wegen der die Regierung nur noch jährliche Kostensteigerungen von 0,88% zulassen will. Das wird allein durch Inflation übertroffen (von Tarifsteigerungen gar nicht zu reden).

Diese finanzpolitische Vorgabe wird zu **Verschlechterung des Bildungsangebots, Personalabbau**, zunehmender **Arbeitsbelastung, Ausweitung der prekären Arbeitsverhältnisse** und **Tariffucht** führen und hat das bereits getan. Diese Entwicklung betrifft alle Bildungsbereiche und muss durch die GEW Hamburg energisch bekämpft werden.

Vor allem in Schule und Hochschule setzt sich der Trend zum **Abbau von Demokratie** und zur **Umwandlung der Bildungseinrichtungen in Betriebe** fort. Die GEW tritt für die Demokratisierung der Bildungseinrichtungen und Bildung in öffentlicher Hand ein. Bildung darf auch zukünftig keine Ware werden! (...)

*Die Besetzung der 16 Mandate, die der Landesverband Hamburg für den Bundes-Gewerkschaftstag zu vergeben hat (abhängig von der Zahl der Mitglieder), wurden per Wahl in der Versammlung entschieden. Hier-

bei war zu beachten, dass aus allen Bereichen Delegierte zur Wahl standen. Es gab eine Vorschlagsliste, die durch spontane Bewerbungen ergänzt wurde.

JOACHIM GEFFERS

Der Alte und der Neue

Nachdem unser Kollege **Uwe Mertens** über 20 Jahre ehrenamtlich die Leitung der Rechtsschutzstelle inne hatte, wurde



Andreas Hamm für diese Funktion gewählt. Klaus Bullan sprach dem Kollegen Mertens im Namen der GEW vor den Delegierten seinen Dank für sein außerordentliches Engagement aus. Andreas, der seine hauptamtliche Funktion als Referent der GEW-Hamburg wegen vorgezogenem Altersruhestand aufgibt, bestritt seine letzte LVV (jetzt Gewerkschaftstag) in dieser Funktion. (s. Interview auf S. 40)